
Heinz Kühn

Zum Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften

Heinz Kühn, geboren 1912 in Köln, ist seit 1966 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und seit 1973 Stellvertretender Vorsitzender der SPD

I.

Wer sich als stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — der zugleich alter Gewerkschafter ist — zum Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD äußert, wird damit beginnen müssen, einige Gedanken an die historischen Ursprünge dieser beiden Säulen der deutschen Arbeiterbewegung zu verwenden. Beide sind etwa gleichzeitig in der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit der gleichen Zielsetzung entstanden, die Lage der Unterprivilegierten und Ausgebeuteten zu verbessern.

614

Der Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktion nach 1850, in der die Ausbeutung des einzelnen besonders groß war, hat zur Gründung der ersten nationalen Gewerkschaft geführt. Mit der gleichen Zielsetzung hat *Ferdinand Lassalle* 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gebildet. Die SPD hat den Auftrag ihres Gründers Lassalle nie preisgegeben. Die Leistungen seines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratie unter *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* haben wesentlich dazu beigetragen, die Arbeiter aus der größten Not und Verelendung herauszuführen. Ohne ihre Kämpfe und die Erfolge der deutschen Gewerkschaftsbewegung hätten wir heute keine Basis für den Versuch, die soziale Demokratie zu verwirklichen und damit die volle Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben aber nicht nur den gleichen Ursprung, sondern sie haben im Verlauf ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte auch die gleichen Schicksale zu erleiden gehabt, beginnend mit dem Sozialistengesetz unter Bismarck bis hin zum Verbot der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien durch die Nationalsozialisten. Das Schicksal des Exils, des Untergrunds und der Konzentrationslager hatten Gewerkschafter und Sozialdemokraten Seite an Seite zu tragen.

Zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist es sicher notwendig, die historische Brücke zu den Ausgangspunkten zu schlagen. Aber noch dringender ist es, das Verhältnis der SPD und des Gewerkschaftsbundes in unserer modernen Industriegesellschaft zu beleuchten.

II.

Fast genau mit dem 25jährigen Nachkriegsjubiläum der deutschen Gewerkschaftsbewegung jährt sich auch der Tag, an dem sich die Sozialdemokratische Partei ein neues Grundsatzprogramm, das sogenannte Godesberger Programm, gab. In ihm haben wir zum erstenmal in unserer Geschichte unser Verhältnis zu den Gewerkschaften in einer eigenen Passage festgelegt, in der es u. a. heißt: „Die Gewerkschaften kämpfen um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und um das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses. Jeden Arbeitnehmer zu ständiger Mitarbeit fähig zu machen und dafür zu sorgen, daß er diese Fähigkeiten nutzen kann, ist eine große Aufgabe der Gewerkschaften.“ Diese Aussage ist nach wie vor verpflichtend für die gesamte Partei und jeden deutschen Sozialdemokraten.

Zwölf Jahre Diktatur und Terror haben nicht vermocht, das Gedankengut der Arbeiterbewegung untergehen zu lassen. 1949 wurde der Deutsche Gewerk-

schaftsbund gegründet mit der Zielsetzung, eine Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, die in parteipolitischer Unabhängigkeit ein Dach für Anhänger verschiedener politischer Parteien sein konnte. Dies ist — neben dem Prinzip der Industriegewerkschaft — wesentlicher Grund für die Stärke unserer Gewerkschaftsbewegung. Wir Sozialdemokraten bekennen uns auch heute ausdrücklich zu diesen beiden Prinzipien. Ein Blick über unsere Grenzen lehrt uns, wie wichtig *beide* sind: In England hat die berufsorientierte Aufsplitterung der Gewerkschaften immer wieder zu inneren Konflikten und damit zur Schwächung geführt; die enge organisatorische Bindung an die *Labour Party* hat beide Säulen der Arbeiterbewegung häufiger in der selbständigen Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben behindert als ihr genützt. In Frankreich und in Italien ist die Teilung in politische Richtungsgewerkschaften mitverantwortlich dafür, daß die Gewerkschaftsbewegungen dieser beiden Länder heute vergleichsweise schwächer dastehen als der DGB in der Bundesrepublik.

Dieses Bekenntnis zur politischen Unabhängigkeit des DGB ist kein Lippenbekenntnis: Der Grund für den von unseren politischen Kontrahenten redselig beklagten Mangel an Neutralität, den sie in die Behauptung kleiden, der DGB sei dabei, seine politische Unabhängigkeit aufzugeben, ist einzig und allein bei ihnen selbst zu suchen. Die CDU/CSU hat sich in ihren politischen Positionen von den Interessen der Arbeitnehmer in unserem Lande so weit entfernt, daß sie sich gewerkschaftliche Kritik gefallen lassen muß. Wer seinen eigenen zahlenmäßig schwachen Gewerkschaftsflügel in einer für ihn so zentralen Frage wie der Mitbestimmung so rigoros niederwalzt wie die CDU/CSU auf ihrem Hamburger Parteitag, kann nicht damit rechnen, daß die Gesamtgewerkschaftsbewegung eine wohlwollende Haltung gegenüber der CDU einnimmt. Man kann parteipolitische Unabhängigkeit vom DGB erwarten, nicht jedoch politische Neutralität in zentralen gesellschaftlichen Fragen.

Mit der Zielsetzung, eine wirtschaftliche Neuordnung in unserem geteilten Land zu erreichen, fanden die Gewerkschaften die SPD wieder an ihrer Seite. Schon damals war ihre politische Rolle in unserer Gesellschaft umstritten. Für die SPD stand es jedoch nie außer Frage, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinigten Einzelgewerkschaften in diesem Lande an den gesellschaftspolitischen Entscheidungen beteiligt werden und mitwirken müssen. In seiner Eröffnungsrede auf dem schon erwähnten Godesberger Parteitag hat dies *Erich Ollenhauer* seinerzeit in die Worte gekleidet: „Aus dieser historischen Entwicklung und aus der Einsicht in die überragende Bedeutung der Arbeiterschaft für die Gestaltung der Zukunft ergibt sich neben den sachlichen Übereinstimmungen das enge und unlösbare freundschaftliche Verhältnis zu den Gewerkschaften. In der Gemeinsamkeit unserer Grundvorstellungen über die neue Ordnung der Gesellschaft bilden die Gewerkschaften und die Partei gemeinsam mit den Genossenschaften die deutsche Arbeiterbewegung als die Gesamtvertretung der arbeitenden Menschen in unserem Volk mit der verpflichtenden Aufgabe, soweit

wie nur möglich, gemeinsam den Weg in die Richtung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft zu gehen."

Nach dem großen Aufräumen 1945 und dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung, der entscheidend das Verdienst der arbeitenden Menschen und damit auch ihrer Interessenvertretungen, der Gewerkschaften, ist, war es notwendig, politische Reformen einzuleiten, die von den Gewerkschaften mitgetragen werden müssen.

Gerade der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seiner Zielsetzung klar erkannt, daß die Gewerkschaften nicht reine Lohnmaschinen sein können, sondern ihre Anstrengungen darauf ausrichten müssen, die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer zu verbessern.

III.

Um sein eigenes Grundsatzprogramm zu verwirklichen, ist es für den DGB notwendig, daß die Gewerkschaften Einfluß zu nehmen versuchen auf die politische Gestaltung unserer Gesellschaft. Es wird auch keinen Sozialdemokraten geben, der den Gewerkschaften das Recht bestreitet, ihre Auffassungen durch ihre Mitglieder in der SPD zur Geltung zu bringen und sie in praktische Politik umzumünzen. Gleichzeitig müssen sie berücksichtigen, daß eine Politik des Alles oder Nichts auch einer Partei Schwierigkeiten machen kann, vor allem dann, wenn sie wie die SPD nicht allein die Regierungsverantwortung trägt. Es würde den Gewerkschaften nicht zum Erfolg verhelfen, wenn die SPD für die Durchsetzung chemisch reiner Gewerkschaftsforderungen zunächst ihre Koalitionsfähigkeit und bei der nächsten Wahl auch Stimmen verliert.

Der Anspruch der Gewerkschaften, bei der Gestaltung unseres Staates mitzuwirken, stößt natürlich auf den Widerstand der Konservativen in unserem Lande. War es doch von jeher ihr Ziel, vor allem das der Interessenverbände der Arbeitgeber, die deutsche Arbeiterbewegung zu spalten und ihre Einheit zu behindern. Diese Konfrontation zwischen der deutschen Arbeiterbewegung und den restaurativen Kräften ist nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Sozialdemokratie besonders deutlich geworden. Nach 1966 und mehr noch seit 1969 bemühen sich die Sozialdemokraten, die gesellschaftspolitische Landschaft Zug um Zug zu verändern. Unsere Gesellschaft, die zunehmend eine Arbeitnehmergeinschaft wird, bedarf einer größeren demokratischen Durchdringung aller Lebensbereiche. Hierbei gilt zu beachten, daß die Gewerkschaften und die SPD einander nicht ersetzen können. Dieser Staat braucht starke Gewerkschaften, und es gibt nichts, was die Rolle der Gewerkschaften ersetzen könnte. Aber die Gewerkschaften müssen wissen, daß sie ohne eine starke Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik die Ansprüche, die an sie gestellt werden, nicht verwirklichen können.

Nun gibt es in letzter Zeit in den Gewerkschaften Stimmen, die meinen, daß der DGB Ansprüche auf die absolute Erfüllung seiner Forderungen an die SPD

stellen muß. Unterschwellig wird hierbei die Frage laut, ob die SPD noch die absolute Klassenpartei der Arbeitnehmer ist, oder ob sie mit dem Begriff Volkspartei nicht ihre Rolle als Arbeitnehmerpartei aufgegeben habe.

Mir scheint dies eine falsche Alternative zu sein. Das Godesberger Programm der SPD ist in der Sache eindeutig, auch wenn sich die Begriffe gewandelt haben: Die SPD will die Partei derjenigen sein, deren Existenz sich ausschließlich oder überwiegend auf Einkommen aus eigener Arbeit gründet. Dem widerspricht weder die selbstgewählte Bezeichnung Volkspartei — denn diese Definition trifft auf über 90 Prozent unserer Bevölkerung zu — noch die Tatsache, daß wir im Godesberger Programm zum erstenmal auch die Bedeutung unternehmerischer Tätigkeit für unsere Volkswirtschaft ausdrücklich anerkannt haben.

So wie die Gewerkschaften eine starke Sozialdemokratie zur Unterstützung ihrer gesellschaftspolitischen Forderungen brauchen, so braucht andererseits die SPD die Unterstützung der Gewerkschaften bei ihrem Bemühen, errungene Positionen zu halten und weiter auszubauen. Gerade Vorgänge der letzten Zeit machen deutlich, daß konservative und restaurative Kräfte zum Angriff auf die Positionen der Gewerkschaften ansetzen. Das Ringen um die Mitbestimmung, um die Humanisierung der Arbeitswelt, um die Bewußtseinsänderung der Arbeitnehmer, bedarf der ganzen Kraft von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Es mutet wie eine konzertierte Aktion an, wenn CDU/CSU und Arbeitgeberverbände zum gleichen Zeitpunkt das Selbstverständnis der Gewerkschaften in Frage stellen. "Wenn die CSU auf ihrem Parteitag in einem Antrag untersuchen lassen will, welche Einflußnahme die Gewerkschaften auf die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens nehmen, und gleichzeitig der Präsident der BDA, *Schleyer*, die Unternehmer zu mehr politischem Engagement auffordert, dann ist klar zu erkennen, wohin die Stoßrichtung geht. Wenn die Sozialausschüsse in der CDU die Bundesspitze ihrer Partei bitten, durch Betriebsbesuche einen gesonderten Betriebsrätewahlkampf zu führen, wenn sie gleichzeitig durch Fragebogen das Einverständnis ihrer Mitglieder einholen, CDU-Betriebszeitungen innerhalb des Betriebes zu verteilen, dann ist zu fragen, ob nicht gerade diejenigen, die immer Gefahren für die politische Gewerkschaftseinheit heraufziehen sehen, dieselben sind, die sie gefährden.

Der Vorwurf des Abgleitens in den Gewerkschaftsstaat kommt aus der gleichen Richtung. Dieser Vorwurf geht aus verschiedenen Gründen an den Realitäten vorbei. Er verkennt, daß die Gewerkschaften jenseits der reinen Tarifpolitik nur sehr begrenzte Möglichkeiten haben, die Interessen der Arbeitnehmer ausreichend zu vertreten. Grundsätzlich übersieht er auch, daß die Gewerkschaften demokratisch strukturiert und kontrolliert sind und es sich schon deswegen gar nicht leisten können, engherzige Funktionärsinteressen den Anliegen ihrer Mitglieder vorzuziehen, wie immer wieder offen oder versteckt behauptet wird.

Intelligenter argumentiert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem neuesten Entwurf zu einer „Erklärung zu gesellschaftspoliti-

schen Grundsatzfragen". Auch für sie „ist die Gefahr des Gewerkschaftsstaates näher denn je“, in dem „auch die politische Freiheit in Gefahr“ wäre. Von der Einführung der Mitbestimmung hat der einzelne Arbeitnehmer angeblich keinen Gewinn: „Er tauscht dann vielmehr die Abhängigkeit von sachautoritärer und pluralistisch gezähmter Herrschaft gegen Abhängigkeit von politisch uniformer Macht, die sich der Kontrolle weitgehend entzieht.“ Hier wird also Sachautorität und durch Pluralismus gezähmte Herrschaft den Anteilseignern und Arbeitgebern zugeschrieben, die Gewerkschaften dagegen als politisch uniforme Macht gezeichnet.

Wie weit dieses Bild von den Realitäten entfernt ist, weiß jeder, der zusammen mit Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat eines mitbestimmten Unternehmens gesessen hat. Sachautorität findet sich dort nicht weniger, sondern häufig stärker bei den Belegschaftsvertretern als bei denjenigen, die für eine Bank gleichzeitig in mehreren Aufsichtsräten sitzen. Wenn mit politisch uniformierter Macht der Vorwurf ausgesprochen werden soll, daß die meisten Gewerkschafter in unserem Lande sozialdemokratisch orientiert sind, dann muß doch wohl gefragt werden, ob die Tatsache, daß dem Wirtschaftsbeirat der CDU fast das gesamte deutsche Industrieestablishment angehört, etwa weniger kritisierenswert ist. Sollte aber mit dem Begriff gemeint sein, daß Gewerkschaftsvertreter in Aufsichtsräten die Interessen des Betriebes gegenüber den übergeordneten Interessen der Gewerkschaften vernachlässigen, dann muß die BDA aufgefordert werden, dafür konkrete Beispiele aus der langjährigen Praxis der mitbestimmten Montanindustrie beizubringen. Ich bin davon überzeugt, daß sie dazu nicht in der Lage ist. Ich möchte den Arbeitnehmervertreter sehen, der sich zutraut, die Gefährdung von Arbeitsplätzen in seinem Betrieb um der höheren Interessen der Gewerkschaft willen vor seinen Kollegen zu rechtfertigen.

Die Argumentation der Arbeitgeber ist zwar feinmaschiger als das, was wir Politiker in Wahlkämpfen von der CDU zu hören bekommen, aber sie baut falsche Gegensätze auf und geht damit in die Irre. Das wird besonders deutlich an einem weiteren Kernsatz, der bezeichnenderweise unter der Überschrift „Demokratisierung — Gleichschaltung — Machtergreifung“ steht: „Der Wille nach Einrichtung paritätischer Kontrollinstanzen in den gesellschaftlichen Einrichtungen sagt unter diesem Blickwinkel zwar ‚demokratisch‘, meint aber ‚Macht‘.“ Hier wird so getan, als ob Demokratie und Macht Sphären angehörten, die nichts miteinander zu tun hätten. Natürlich ist die Einführung der paritätischen Mitbestimmung auch eine Machtfrage. Wir sind nicht so weltfremd zu glauben, Demokratisierung sei ein Prozeß der Reduzierung von Macht schlechthin, sie ist aber ein erfolgversprechendes Bemühen darum, Machtausübung demokratisch zu legitimieren. Der Demokratisierungsprozeß in unserem Staat, die Hinwendung zu mehr sozialer Gerechtigkeit, die Durchsetzung der sozialen Demokratie ist ein Ringen, das sich nicht zuletzt ausdrückt im Kampf um politische Vormachtstellung in den Parlamenten. Gerade hierbei muß die SPD sich als die Partei erwei-

sen, die nicht nur Arbeitnehmerinteressen im engeren Sinne vertritt, sondern die deutlich aufzeigt, daß sie um die Verbesserung der Lebenschancen für alle ringt.

IV.

Mit den eingeleiteten Änderungen ist aber — und das verspüren SPD und Gewerkschaften gleichermaßen — die Auseinandersetzung härter geworden. Die Konflikte in unserer Gesellschaft werden deutlicher. Dem kann nicht ausweichen, wer den Auftrag des Grundgesetzes ernst nimmt, die Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat zu machen. Es hilft aber nicht, bei dieser Auseinandersetzung die Arbeitnehmer und damit Wähler der SPD zu radikalisieren, weil eine solche Radikalisierung zu Polarisierungen führt, die die extreme Rechte stark machen. Die gemeinsame bittere Erfahrung von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten ist aber, daß dabei in Deutschland noch immer die Rechte in der Vorhand war.

In einer solchen Bilanz unserer Beziehungen kann ein Ausblick auf die wirtschaftspolitische Situation unseres Landes nicht fehlen. Vor allem wegen der enormen Preissteigerungen bei den importierten Rohstoffen, besonders beim Erdöl, wird unser Bruttosozialprodukt real nur um knapp 2 Prozent wachsen. Damit ist der Kanal, in dem wir manövrieren können, sehr schmal geworden. Die sozialliberale Bundesregierung hat ihn mit der Steuerreform immerhin ein wenig zugunsten der Arbeitnehmer verbreitern können. In den bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen werden alle Beteiligten diese Daten berücksichtigen müssen. Es ist sehr verständlich, daß die Gewerkschaften unter dem Druck der Erwartungshaltung ihrer Mitglieder angesichts von Preissteigerungen, die immer noch bei durchschnittlich 7 Prozent jährlich liegen, sich nicht einfach mit Niedrigstabschlüssen begnügen können. Sie müssen jedoch bedenken, daß Abschlüsse, die das allgemein begrenzte Wirtschaftswachstum nicht in Rechnung stellen, leicht durch Preissteigerungen in ihrem Effekt zunichte gemacht werden können.

In dieser schwierigen Situation wird es nicht immer vermeidbar sein, daß Gewerkschafter und Sozialdemokraten in der Regierung in der Sache unterschiedliche Auffassungen vertreten. Das kann nur den verwundern, der gesellschaftspolitisch unrealistischen Harmonievorstellungen anhängt. Entscheidend wird sein, daß die Bereitschaft zur Diskussion, der ständige Kontakt und der Respekt vor den Auffassungen des anderen nicht verlorengehen. Ich habe persönlich den Eindruck, daß hier noch manches verbesserungsfähig ist. In diesem Zusammenhang möchte ich an ein Wort von *Otto Brenner* auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall erinnern: „Noch nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist die politische Zersplitterung für die Arbeitnehmer vorteilhaft gewesen. Nutzen daraus haben nur ihre Gegner gezogen.“ Sozialdemokraten und Gewerkschafter sollten dies auch in Zukunft nicht vergessen.